

Für viele Benachteiligte ist eine Wohnung unerschwinglich.

SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Benachteiligte in Wohnungsnot

Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm und fordern Steigerung des sozialen Wohnungsbaus

VON PITT VON BEBENBURG

Die hessischen Wohlfahrtsverbände appellieren dringend an die Landesregierung, mehr sozial geförderten Wohnraum zu schaffen. „Wohnen ist ein Menschenrecht“, betont die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in einem Positionspapier, das sie am Mittwoch in einer Online-Pressekonferenz vorstellte.

Hintergrund ihrer Forderungen ist die Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die sich zu einem erheblichen Teil keine Wohnungen leisten könnten. Gemeint sind damit Menschen mit Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen, Suchtkranke, Haftentlassene, schutzsuchende Frauen oder geflüchtete Menschen.

Die Wohlfahrtsverbände beschreiben einen Dominoeffekt: Weil Menschen aus diesen Gruppen oft keine bezahlbare Wohnung fänden, blieben sie in stationären Einrichtungen, Notunterkünften oder Frauenhäusern. Dort würden aber dringend

freie Plätze für neue Klientinnen und Klienten benötigt. Das stelle die sozialen Einrichtungen „vor große Probleme, um vor allem in Notfällen auch unbürokratisch helfen zu können“, sagte Stefan Baudach von der Caritas.

Wie dramatisch sich das Defizit auswirkt, schilderte Andrea Schilling vom Frauenhaus Bergstraße. „Wir müssen vielen Frauen absagen“, bedauerte sie. Das

könne zur Folge haben, dass Frauen erneut der Gewalt ausgeliefert seien und im schlimmsten Fall umgebracht würden.

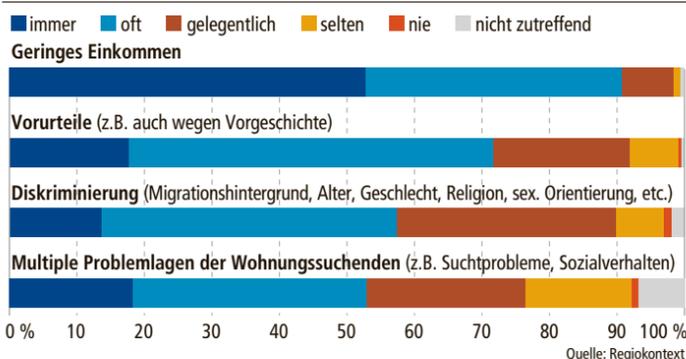
Um die Situation der betroffenen Gruppen zu erforschen, hatten die Verbände eine Studie beim Institut Regiokontext in Auftrag gegeben. Daran beteiligten sich nach dessen Angaben 360 soziale Einrichtungen in Hessen, die fast 20 000 Klientin-

nen und Klienten unterstützen. Diese Menschen benötigten oft länger als ein Jahr, um eine Wohnung zu finden – so berichteten es 41 Prozent der Einrichtungen. Der wichtigste Grund: Ihr Einkommen ist mit weniger als 1000 Euro im Monat zu gering. Aber auch Vorurteile spielten eine Rolle.

Diakonie-Referent Uwe Seibel mahnte eine Verpflichtung an, Wohnungskontingente für benachteiligte Menschen vorzusehen. Annette Wippermann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband verlangte, in neuen Baugebieten müssten jeweils ein Drittel Sozialwohnungen und Wohnungen des zweiten Förderwegs – also für Menschen mit etwas höheren Einkommen – vorgesehen werden. Landeseigene oder kommunale Wohnungsgesellschaften dürften keinen Bestand mehr veräußern. Daneben müsse es verbindliche Regelungen in der Hessischen Bauordnung geben, wonach ausreichend Wohnungen barrierefrei gebaut würden.

Hindernisse bei der Wohnungssuche

Befragung in sozialen Einrichtungen



Verdächtige nach Razzia in U-Haft

60 Festnahmen in Hessen / Internationale Aktion gegen organisiertes Verbrechen

Nach den Razzien gegen das organisierte Verbrechen sind mehrere Tatverdächtige in Untersuchungshaft. „Die Gerichte sind uns in allen Anträgen gefolgt“, sagte Oberstaatsanwalt Benjamin Krause von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft (ZIT) Frankfurt am Mittwoch. Der Schwerpunkt der Aktionen in Deutschland lag in Hessen.

Bei der ZIT sind zwei Ermittlungsverfahren anhängig: Ein

Verfahren richtet sich gegen eine Gruppierung aus dem Main-Kinzig-Kreis mit 19 Beschuldigten im Alter von 25 bis 37 Jahren. Sie stehen im Verdacht, bandenmäßig mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge Handel getrieben zu haben.

Das andere Ermittlungsverfahren betrifft eine Gruppierung im Rhein-Main-Gebiet mit 16 Beschuldigten im Alter von 24 bis 46 Jahren. Sie sollen Betäubungsmittel in nicht geringer Menge nach Deutschland einge-

führt haben. In extra dafür eingerichteten Laboren soll die Gruppierung selbst Betäubungsmittel für den Weiterverkauf hergestellt haben.

Bundesweit waren bei den Razzien am Montag mehr als 70 Personen festgenommen worden, darunter über 60 in Hessen. Die weltweite Zahl der Festnahmen bei dem internationalen Schlag gegen die organisierte Kriminalität liegt bei mehr als 800. Es waren Tonnen an Drogen beschlagnahmt und

große Mengen an Bargeld, Juwelen und Waffen sichergestellt worden.

Mit der Untersuchungshaft soll vor allem verhindert werden, dass die Tatverdächtigen flüchten und untertauchen, erklärte der Ermittler. Teilweise hätten sich die Verdächtigen zu den Taten geäußert. Die Beweismittel würden aber noch weiter ausgewertet. Dabei gehe es sowohl um die Betäubungsmittel, als auch gerade um die sichergestellten IT-Geräte. dpa

RMV erhöht wieder die Preise

365-Euro-Tickets nicht betroffen

Die Fahrpreise beim Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) steigen zum 1. Januar 2022 um durchschnittlich 1,5 Prozent. Laut Aufsichtsratsbeschluss vom Mittwoch bleiben die Preise für die Einzelfahrten in Frankfurt jedoch stabil bei 2,75 Euro. Das Seniorenticket und das Schülerticket kosten weiterhin 365 Euro, das Hessenticket bleibt beim Preis von 36 Euro.

„Die berechtigten Gehaltszuwächse des Fahrpersonals und steigende Energiekosten sorgen für deutlich höhere Aufwendungen“, begründete Geschäftsführer Knut Ringat die Preiserhöhungen.

Das Corona-Jahr brachte dem RMV erhebliche Einbrüche. Die Zahl der Fahrgäste sank auf 524 Millionen. 2019 waren es noch 808 Millionen Fahrgäste. Gut entwickelte sich die Pünktlichkeit bei den S-Bahnen. Den Angaben zufolge lag sie 2,4 Prozentpunkte über dem Vorjahr. Die Anzahl an RMV-Jobticket-Verträgen stieg von 320 auf 397. Auch jenseits dessen seien fast alle Stammkundinnen und -kunden dem RMV treu geblieben, heißt es im Rückblick. Mehr als 60 Prozent der Einnahmerückgänge seien auf Gelegenheitsfahrten zurückzuführen, da die Anlässe entfielen.

Neu im Corona-Jahr: die Auslastungsprognose, die über die voraussichtliche Nachfrage der jeweiligen Verbindung informiert. Außerdem wurde mit dem RMV-Prepaid-Rabatt das erste rein digitale Tarifprodukt eingeführt. Seit der Einführung Ende August haben rund 12 000 Fahrgäste das Angebot genutzt und dabei rund eine Million Euro Guthaben eingezahlt. jur
www.rmv.de

RAUSCHER

Stadtfluch



Internethandel-Verweigerer haben es auch nicht leicht – wenn sie im Taunus wohnen. Dort gibt es zwar Fachgeschäfte mit, äh, Sortiment und kompetenter Beratung. Aber zu Dorföffnungszeiten. Da muss jeder Ausflug in die nahe Metropole doppelt genutzt werden. Der Arztbesuch mit dem Gang zum Feinkostgeschäft verbunden, die Dienstreise mit dem Abstecher zum Elektromarkt. Doch der hat auch nicht alles, die Boutiquenfachverkäuferin grinst unverhohlen über den Corona-Bauch, und die Feinkost war auch schon mal frischer. So bleibt also bestehen, was der Engländer William Cowper einst im 18. Jahrhundert erdichtete: Gott machte das Land, der Mensch die Stadt.